

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Frauen, Frieden & Sicherheit: Herausforderungen und Chancen

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Frauen, Frieden & Sicherheit: gestern, heute und morgen

2

dossier

Geschlechtergleichstellung: ein Mehrwert für Frieden und Sicherheit

Honduras – Frauenrechte in einem von Gewalt geprägten Land

Die Anerkennung von Mediatorinnen sicherstellen

Hindernisse und Möglichkeiten für die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen evaluieren

FriedensTisch in Kolumbien: «Lasst uns gemeinsam zur Wahrheit schreiten»

Frieden ist gendergleichberechtigt

Geschichten über Frauen: im Namen der Gleichberechtigung und des Friedens

Gender-integration für den Frieden: der Beitrag der lokalen Medien in der Sahelzone

Die Schweiz setzt sich für gendergerechte Friedensprozesse ein

Für eine multilaterale Gleichstellung der Geschlechter

3

erfahren sie
mehr
darüber

Einbezug aller Opfer sexualisierter Gewalt

4

aktuell

Konferenz: Frauen, Frieden & Sicherheit: Reclaim Prevention

Wo ist der “Never-Again”-Spirit?

Religion & Konflikttransformation Kurs

5

agenda

Veranstaltungen & News

editorial

Kriege und auch die Friedensförderung werden oft mit Männern in Verbindung gebracht: Soldaten, berühmte Staatsoberhäupter, erfolgreiche Mediatoren usw. Frauen haben in Konflikten aber schon immer eine wichtige Rolle gespielt – oft einfach weniger sichtbar. Mit der UN-Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit aus dem Jahr 2000, wird die Rolle von Frauen und Mädchen im Bereich Konflikte und Frieden anerkannt. Zudem hat die Resolution zum Ziel, die Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention und Friedensprozessen zu fördern. Ende 2018 lancierte das EDA den vierten Nationalen Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung dieser Resolution.

Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe berichten darüber, wie sie sich für eine gendergerechte Friedenspolitik einsetzen, welche spezifischen Bedürfnisse und Rollen Frauen in konfliktbehafteten Regionen einnehmen und was es mit dem Nationalen Aktionsplan 1325 auf sich hat.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre!

Redakteurin KOFF Magazin, Amélie Lustenberger

Frauen, Frieden & Sicherheit: gestern, heute und morgen



Weibliche Delegierte am Frauenfriedenskongress 1915 in Den Haag. Bild: Creative Commons.

In den neunzehn Jahren seit der Verabschiedung der UNO-Resolution 1325 (*United Nations Security Council Resolution, UNSCR*) hat die Rolle der Frauen und der Genderthematik in allen Bereichen des internationalen Friedens und der Sicherheit laufend an Bedeutung gewonnen. Die UNO-Resolution 1325 und spätere Resolutionen im Rahmen der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (*Women, Peace and Security, WPS*) fordern mehr Schutz für Frauen vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konfliktsituationen, die Förderung der politischen Partizipation von Frauen, die Prävention von Gewalt gegen Frauen durch die Förderung von Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung sowie die Etablierung der Genderthematik in allen mit Frieden und Sicherheit zusammenhängenden Bereichen. Neben der UNO-Resolution 1325 (2000) besteht die WPS-Agenda aus weiteren acht Resolutionen: 1820 (2009), 1888 (2009), 1889 (2010), 1960 (2011), 2106 (2013), 2122 (2013), 2242 (2015) und 2467 (2019).

Das Jahr 2000 als Geburtsjahr der WPS-Agenda zu betrachten, wäre jedoch irreführend, denn die Geschichte des feministischen Aktivismus nahm lange vor der Verabschiedung der UNO-Resolution 1325 ihren Anfang. Beispielsweise tagte im Mai 1919 die neu gegründete Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) in Zürich und fasste eine Reihe von Beschlüssen zur Gleichstellung der Frau, zur Abrüstung und zur Abschaffung des Rechts auf Kriegserklärung sowie der Wehrpflicht. Frauenaktivisten und -aktivistinnen kamen im

20. Jahrhundert weiterhin zusammen und arbeiteten an der Anerkennung der Frauen als zentrale und unverzichtbare Friedensakteurinnen. Die Verabschiedung der UNO-Resolution 1325 war ein direktes Resultat der Arbeit länderübergreifender feministischer Netzwerke, Akteurinnen und Akteure, die sich für die Einbindung von Frauen- und Genderperspektiven in die nationale und internationale Friedens- und Sicherheitsagenden einsetzten.

Mit selbst ausgearbeiteten Nationalen Aktionsplänen (NAP) können UNO-Mitgliedsstaaten die WPS-Agenda auf Landesebene umsetzen und ihr Engagement zur Förderung der Partizipation von Frauen und der Integration einer Genderperspektive in Friedens- und Sicherheitsthemen bekunden. Bis Januar 2019 haben 79 UNO-Mitgliedsstaaten einen NAP zur Umsetzung der UNO-Resolution 1325 verabschiedet. Kürzlich lancierte die Schweiz – eines der ersten Länder überhaupt, die einen NAP zu WPS erarbeitet hatte – ihren vierten NAP mit einer Laufzeit von fünf Jahren (2018-2022). Dieser knüpft an den ersten NAP (2007-2009), den zweiten NAP (2010-2012) und den dritten NAP (2013-2016) an. Zuvor wurde die Umsetzung des dritten Schweizer NAP 1325 (2013-2016) durch die, innerhalb der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gebildete, Interdepartementale Arbeitsgruppe (IDAG) 1325 geprüft. Die IDAG 1325 erstellt Berichte, die anschliessend dem Schweizer Parlament vorgelegt werden. Zudem hat auch die Zivilgesellschaft eine eigene Überprüfung durch die Arbeitsgruppe (AG) 1325 durchgeführt, die einen grossen Kreis von Schweizer zivilgesellschaftlichen Organisationen umfasst. 2016 veröffentlichte die AG 1325 den unabhängigen Alternativbericht „Frauen Frieden Sicherheit – reloaded“, der die Umsetzung der WPS-Agenda in der Schweiz kritisch und umfassend reflektiert und Empfehlungen für zukünftige Massnahmen enthält.

Infolge der Überlegungen und Empfehlungen seitens der AG 1325 im Alternativbericht entstand das Projekt „Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325“ (*Civil Society Contribution to the Implementation of the Swiss NAP 1325*). Das Projekt wird von FriedensFrauen Weltweit (PWAG), KOFF/swisspeace und cfd – die feministische Friedensorganisation gemeinsam geleitet und greift die im Alternativbericht „Frauen Frieden Sicherheit – reloaded“ ermittelten Themen in zwei Phasen auf. In der ersten Projektphase (2018-2019) wird der jüngste Aufruf zur Verknüpfung der WPS-Agenda mit der breiteren weltweiten Sicherheitsagenda zur „Bekämpfung des Terrorismus“ und zur „Prävention von gewalttätigem Extremismus“ kritisch bewertet. In der zweiten Projektphase (2020-2021) soll untersucht werden, inwiefern sozioökonomische Bedingungen die Partizipation der Frauen im Friedensprozess ermöglichen oder einschränken.

Eines der Hauptziele der schweizerischen WPS-Agenda im vierten NAP 1325 der Schweiz ist die Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE). Die Einstufung von PVE als Priorität im vierten NAP 1325 war zum Teil eine Reaktion auf die Empfehlungen des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss), die dieser in seiner Betrachtung des dritten NAP 1325 der Schweiz (2013-2016) ausgesprochen hatte. Der Ausschuss drückte Sorge über die „unzulänglichen Anstrengungen, die Genderperspektive in Strategien zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und zur Terrorismusbekämpfung einzubeziehen“ aus und empfahl der Schweiz „eine Verstärkung der Bemühungen, die Genderperspektive in Strategien zur Prävention von gewalttätigem Extremismus einzubeziehen und die Fähigkeit von Frauen und Mädchen – darunter auch Frauen aus zivilgesellschaftlichen Gruppen – zu fördern, sich an der

Terrorismusbekämpfung zu beteiligen“. Auch die UNO-Resolution 2242 von 2015 rief zu einer Verknüpfung von WPS, PVE und Terrorismusbekämpfung (CT) auf.

Angesichts der Entscheidung, die WPS- und PVE-Agenden in der Schweiz und weltweit zusammenzubringen, engagiert sich die schweizerische Zivilgesellschaft speziell für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge der beiden Agenden in der Politik und in der Praxis. Das Projekt „Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325“ hat den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren gefördert und Forschung betrieben, um aus den Erfahrungen von Zivilgesellschaften in herausfordernden Kontexten hinsichtlich PVE und WPS zu lernen. Der Schlusspunkt der ersten Projektphase wird am 18. September 2019 mit einer Konferenz zu WPS und Gewaltprävention in Bern gesetzt. Dort werden die künftigen Auswirkungen der WPS-Agenda in der Schweiz und weltweit debattiert.

Die WPS-Agenda steht den Herausforderungen einer zunehmend militarisierten und sicherheitsbezogenen Welt gegenüber. Viele begrüßen zum Beispiel den Aufruf zur Verknüpfung der WPS- und PVE-Agenden als wichtigen Schritt in der Entwicklung von Sicherheitsagenden mit Genderthematik als zentralem Ausgangspunkt. Andere jedoch fürchten, dass diese Verknüpfung einige Probleme mit sich bringen könnte. Eine Sorge ist, dass die WPS-Ziele – die Stärkung der Frauen und Geschlechtergleichstellung – durch die Verbindung von WPS und PVE zugunsten eines Staatssicherheitsprogramms instrumentalisiert werden, ohne dass die stete Materialleistung, die für ein besseres Leben der Frauen wirklich nötig wäre, tatsächlich erbracht wird. Weiter wird befürchtet, dass Männer als genderspezifische Subjekte übersehen werden und der Fokus der Genderanalyse und der Etablierung der Genderthematik nur auf der Rolle der Frauen in der Gewaltprävention liegt, wodurch die gendergeprägten Stereotypen der Frauen als von Natur aus friedliche Wesen gestärkt würden, ohne einzuräumen, dass auch Frauen Gewalt ausüben können. Ausserdem gibt es Bedenken, dass die Befürwortung von WPS in der PVE-Agenda eine möglicherweise schädliche Sicherheitsarchitektur für Frauen, Frauenrechte und die Zivilgesellschaft allgemein unterstützen könnte. WPS-Akteurinnen und -Akteure sowie Zivilgesellschaftsorganisationen weltweit müssen diese Entwicklung im Auge behalten und sicherstellen, dass die WPS-Agenda weiterhin auf den Grundsätzen der Friedensförderung und der Menschenrechte beruht.

Mit dem Projekt „Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325“ engagiert sich die Schweizer Zivilgesellschaft dafür, das Thema WPS im öffentlichen und politischen Bewusstsein zu stärken sowie die Kluft zwischen Politik und Praxis zu schliessen. Die Förderung der Handlungsfähigkeit von Frauen und die Erarbeitung einer dauerhaften Geschlechtergleichstellung ist für einen nachhaltigen Frieden unerlässlich. Dafür sind die WPS-Agenda und der vierte Schweizer NAP 1325 zentrale Instrumente.

[swisspeace](#)

Elizabeth Mesok

Elizabeth.Mesok@swisspeace.ch

Senior Researcher

[links](#)

- [Programm für Frauen, Frieden und Sicherheit von IFFF \(auf Englisch\)](#)
- [Frauen, Frieden & Sicherheit – reloaded](#)

- [Vierter nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates \(2018 - 22\)](#)
- [Konferenz: Frauen, Frieden & Sicherheit: Reclaim Prevention \(auf Englisch\)](#)

dossier

Geschlechtergleichstellung: ein Mehrwert für Frieden und Sicherheit



Titelbild des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 (2018 – 2022). Foto: © Thomas Baumann

Es war ein starkes Zeichen, das der UNO-Sicherheitsrat mit der Resolution 1325 setzte. Zum ersten Mal wurde die Rolle der Frauen in Krieg und Friedensförderung anerkannt: ihr Risiko, Opfer kriegerischer Gewalt zu werden, aber vor allem ihr Potential als Akteurinnen in Friedensprozessen. Damit wurde Sicherheit nicht mehr nur militärisch, sondern aus der Sicht des Individuums verstanden. Die Resolution nimmt die Mitgliedstaaten in die Pflicht, sich für inklusiven Frieden, individuelle Sicherheit und nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Dem hat die Schweiz Folge geleistet, als sie als eines der ersten Länder einen Nationalen Aktionsplan 1325 (NAP) vorlegte. Bis zur aktuellen vierten Auflage wurde dieser regelmässig internationalen Entwicklungen angepasst, denn der Themenkatalog wurde mit mittlerweile acht Nachfolgeresolutionen immer breiter.

Für die Schweiz bleiben der Schutz vor sexueller Gewalt in Konflikten, Strafverfolgung der Täter und Zugang zu Justiz für die Opfer wichtige Handlungsbereiche. Gleichzeitig hat sie stets, wie zum Beispiel in der Kommission für Übergangsgerechtigkeit und Aussöhnung in den Philippinen, die Rolle der Frauen als Expertinnen für Konfliktprävention und Friedensförderung betont. Mittlerweile zeigen Studien, dass Friedensabkommen

nachhaltiger und gesellschaftlich besser verankert sind, wenn Frauen Einfluss auf die Verhandlungen hatten. Der vierte NAP 1325 legt einen weiteren Schwerpunkt auf die Förderung von Frauen in der tendenziell männlich geprägten Sicherheitspolitik. Deshalb unterstützt die Schweiz junge Frauen in Europa und Zentralasien auf ihrem beruflichen Weg im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle oder der militärischen Friedensförderung.

Der Schweizer NAP ist zudem ein Beispiel dafür, wie die Arbeit des Sicherheitsrates in New York mit der Menschenrechtsarbeit in Genf verzahnt werden kann – ein aussenpolitisches Anliegen der Schweiz zur Stärkung von Konfliktprävention und nachhaltigem Frieden. Der NAP nimmt explizit Bezug auf die Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses (Förderung von Frauen in der Mediation, Schutz von Frauen und Mädchen durch besser kontrollierten Waffenhandel und gender-spezifische Prävention von gewalttätigem Extremismus) – und wird so Teil der Berichterstattung für die rechtlich bindende Frauenrechtskonvention. In diesem Zusammenhang begrüsst die Schweiz das Abkommen zwischen der Sondergesandten für sexuelle Gewalt in Konflikten und dem CEDAW-Ausschuss.

Bald 20 Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 1325 bleibt es weiterhin wichtig, das Thema «Frauen, Frieden, Sicherheit» in der Sicherheitsratspolitik hochzuhalten. Staaten stehen in der Verantwortung, die Resolutionen vollständig umzusetzen und dafür zu sorgen, dass offizielle, hochrangige, politische Prozesse inklusiv gestaltet werden. In diesem Sinne wird sich die Schweiz weiterhin in den multilateralen Debatten in New York und Genf, aber auch in Wien bei der OSZE und in Brüssel bei der NATO für sichtbare Resultate einsetzen.

Weil Frieden, Sicherheit und die Förderung der Geschlechtergleichstellung Pfeiler der Schweizer Aussenpolitik sind, bleibt die Resolution 1325 für uns ein wichtiges Anliegen. Oder wie die Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten des EDA es formuliert: Geschlechtergleichstellung ist ein Mehrwert für Frieden und Sicherheit.

[Abteilung Menschliche Sicherheit \(AMS\)](#)

Sarah Koch

sarah.koch@eda.admin.ch

[links](#)

- [Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 \(2018 – 2022\)](#)

dossier

Honduras – Frauenrechte in einem von Gewalt geprägten Land



Edna Ortega

Gewaltverbrechen sind in Honduras seit Jahren ein Thema von öffentlichem Interesse und werden als Entwicklungshindernis wahrgenommen. Um das Problem der Jugendgewalt anzugehen, hat die Regierung umstrittene Assistenzprogramme ins Leben gerufen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sehen sie als einen weiteren Beitrag zur Militarisierung der Gesellschaft. Seit dem Putsch gegen Manuel Zelaya 2009 hat sich die Menschenrechtssituation in Honduras generell drastisch verschlechtert. Derzeit ist Juan Orlando Hernández das Staatsoberhaupt des Landes. Seine erste Wahl fand 2013 in einem Klima sozialer Spannungen statt und bleibt umstritten.

In diesem Interview erklärt Edna Ortega, wie sich diese heikle Situation auf Frauen und Frauenrechtsorganisationen in Honduras auswirkt. Sie ist Juristin und arbeitet für Brücke – le pont als lokale Koordinatorin der Entwicklungsprogramme in Honduras. Im Rahmen ihres Engagements beschäftigt sie sich intensiv mit Themen wie Menschenrechte, Frauenrechte, Arbeitsrechte und Kinderrechte.

Können Sie die Situation der Zivilgesellschaft in Honduras beschreiben?

Unsere Regierung hat diktatorische Züge und vor allem feministische NGOs widersetzen sich ihr. Die meisten NGOs halten die aktuellen Machthaber für illegitim und es gibt keine Gespräche zwischen den beiden Seiten. Es besteht auch ein Mangel an Respekt zwischen der Regierung und sozialen Bewegungen, einschliesslich NGOs, insbesondere, wenn sie unterschiedliche Meinungen vertreten.

Warum lehnen die NGOs die Regierung ab?

Weil die Wahlen weder frei noch fair waren. Die Regierung tut alles, um an der Macht zu bleiben. Sie hat sogar die Verfassung geändert.

Unterdrückt die Regierung Frauen?

Seit dem Amtsantritt der jetzigen Regierung kam es zu mehreren Rückschlägen in Bezug auf das Völkerrecht, inklusive der Achtung der Frauenrechte. Früher hatte die Leiterin des nationalen Instituts für Frauen den Rang eines Ministers. Jetzt verschwinden Frauen aus Führungspositionen in der Regierung und die Frauenbüros verlieren jegliche Entscheidungsbefugnis. Strukturen, welche die Rechte der Frauen garantieren, fehlen und werden meist nur für Propagandazwecke und staatliche Assistenzprogramme genutzt.

Ein weiteres grosses Problem in Honduras sind Femizide – Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Am stärksten betroffen sind junge Frauen. Im Jahr 2017 wurden beispielsweise über 380 Femizide gemeldet. 2018 war noch schlimmer: Im Januar wurden 52 Frauen von ihren Partnern allein in San Pedro Sula und Tegucigalpa getötet – zwei der gefährlichsten Städte für Frauen im Land. Die lokalen Behörden bleiben in der Regel inaktiv und die meisten Morde werden nie aufgeklärt.

Welche Rolle spielen die Frauen in Honduras im Zusammenhang mit der Bandengewalt?

In Honduras haben wir ein grosses Problem mit Bandengewalt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Drogenhandel. Kriminelle Männer zwingen ihre Partnerinnen oft zu kriminellen Handlungen. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben: In Honduras werden bezahlte Morde oft von zwei Männern auf einem Motorrad verübt: Der eine fährt und der andere schießt mit einer Waffe. Deshalb verbot ein Gesetz, dass zwei Männer auf einem Motorrad fahren. Ein Mann und eine Frau auf einem Motorrad, ist jedoch nicht verboten. Organisierte Verbrecher trainieren deshalb Frauen, damit diese auf einem Motorrad mit einer Waffe schießen können. Die Regierung wiederum ist auf solche Fälle nicht vorbereitet. Wenn die Frauen erwischt werden, gehen sie ins Gefängnis und verlieren ihre Familie. Sie erhalten keinerlei Unterstützung.

Wer sind die NGOs in Honduras, die für die Rechte der Frauen kämpfen? Und was verlangen sie?

Ein Beispiel ist die Nationale Kampagne gegen Femizide (Tribuna contra los Femicidios). Wie der Name schon sagt, ist dies ein NGO-Netzwerk gegen Femizide. Die Mitgliederorganisationen führen Studien durch, die zeigen, dass die aktuelle Gesetzgebung

nicht zielführend ist. Sie leisten auch viel Lobbyarbeit, um das Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schärfen.

Kannst du noch ein wenig mehr über diese Femizide sagen? Wer sind die Täter und warum?

In Honduras leben wir in einer patriarchalischen Gesellschaft. Es handelt sich um Hassverbrechen. Dieser Patriarchismus wird von der Kirche und den Medien genährt und manifestiert sich in Form von Machogehabe. Wir hören zum Beispiel viel von Frauen, die in grossen Unternehmen arbeiten, deren Arbeitsrechte verletzt und die auch missbraucht werden. Sie erhalten keine Hilfe, denn die Institutionen, die ihnen helfen sollten, unterstützen sie nicht. Im Gegenteil, manchmal misshandeln auch diese Institutionen die Frauen! Es handelt sich um ein strukturelles Problem.

Ende 2018 und Anfang 2019 erregten Menschen-Karawanen auf ihrem Weg von Lateinamerika in die USA grosses Medieninteresse. Wie steht es um die Situation der Frauen in diesen Karawanen?

Viele Frauen fliehen mit ihren Kindern, um der Gewalt zu entkommen. Sie wissen, dass dieser Weg gefährlich ist, aber das Risiko, in ihren Gemeinden zu bleiben, ist grösser. Die Regierung in Honduras, sowie andere mittelamerikanische Länder, verfügen über kein gendergerechtes Programm, um den spezifischen Bedürfnissen der Frauen auf diesem Weg entgegenzukommen. Ein Beispiel sind die Notfallsets: Diese enthalten Zahnpflegeprodukte und andere wichtige Dinge. Artikel für menstruierende Frauen fehlen jedoch völlig.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Stigmatisierung. Als die Karawane im November 2018 in San Pedro Sula begann, kriminalisierte die Regierung die Familien und insbesondere die Frauen, die sich auf den Weg machten. Sie beschuldigten sie, ihre Kinder in Gefahr zu bringen. Die eigentliche Frage sollte jedoch sein: Warum wollen sie weg? Warum gehen sie dieses Risiko ein?

Ist die Situation der Frauen in den letzten Jahren schlechter oder besser geworden?

Die NGOs arbeiten sehr hart. Ohne die Unterstützung der Regierung wird es jedoch keine Veränderung geben. Ich habe in den letzten 10 Jahren in Honduras keine Fortschritte in Bezug auf die Frauenrechten gesehen.

Wie können wir als Schweizer NGO helfen?

Die Schweizer NGOs können lokale Aktivistinnen und Aktivisten stärken und sie können die Kapazitäten der lokalen NGOs verbessern.

Warum kämpfen Sie persönlich für die Rechte der Frauen in Honduras?

Ich bin Anwältin und schon meine erste Arbeit war bei einer lokalen NGO, die Frauen unterstützt, welche Gewalt erlebt haben. Ich denke, dass wir mit dieser Arbeit eine bessere Welt schaffen können, auch wenn wir uns auf ein bestimmtes Thema fokussieren. Darüber hinaus glaube ich an das Gute im Menschen und denke, dass lokale NGOs sehr wichtig sind. Sie haben das lokale Wissen und sie stellen unsere inaktive Regierung in Frage.

Gibt es etwas, das Sie hinzufügen möchten?

Ja, vielleicht einen Punkt: Für die Zivilgesellschaft ist es sehr wichtig, innovativ zu bleiben und mit der Jugend zu arbeiten. Die Jugendlichen sind es, die die Zukunft gestalten. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, auch junge Männer miteinzubeziehen. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, müssen wir mit Frauen und Männern arbeiten.

Interview mit

Edna Ortega, Koordinatorin Honduras bei Brücke – le pont
edna.ortega@bruecke-lepont.org

Interviewerin

Amélie Lustenberger, Communications Officer at swisspeace
amelie.lustenberger@swisspeace.ch

links

- [Brücke – Le pont Webseite: Honduras zwischen Gewalt und Hoffnung](#)
- [Brücke – Le pont Webseite: Projekte in Honduras](#)

dossier

Die Anerkennung von Mediatorinnen sicherstellen



Friedensfördernder Workshop in Mindanao. Bild: Conciliation Resources

Im Bereich der Konfliktmediation spielen Frauen eine wichtige Rolle. Von der Basis bis zum formalen Vermittlungsprozess sind sie oft die Brücke zwischen Gemeinschaften, bewaffneten Gruppen und Politiker_innen. Während sich die Welt im nächsten Jahr auf den 20. Jahrestag der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorbereitet, betrachten wir die Rolle der Frauen in der Mediation und fragen: Warum bleibt die Zahl der Frauen, die an formellen Friedensverhandlungen beteiligt sind, so niedrig?

Es gibt mehrere Gründe, warum wir zwei Jahrzehnte nach der Annahme dieser Resolution immer noch weit entfernt von einer gleichberechtigten Beteiligung sind. Ein wesentlicher Faktor ist die mangelnde Anerkennung der Rolle, die Frauen bereits spielen. Viele Menschen denken, dass es nicht genügend Mediatorinnen gibt. Dieses Missverständnis entsteht aus einem Mangel an Verständnis dafür, was Mediation eigentlich bedeutet.

Frauen waren im Laufe der Geschichte bereits immer aktiv in der Mediation tätig. Conciliation Resources unterstützt Frauen in mehreren Ländern, bei der Vermittlung von Konflikten in ihren Gemeinden. Von den Frauen, die nach dem Ausbruch der Ebola in Westafrika die Bemühungen um die Versöhnung von Dörfern leiteten, bis hin zu jungen

Frauen in der Zentralafrikanischen Republik, die Gespräche zwischen Ex-Séléke und Mitgliedern ihrer Gemeinschaft initiierten.

Es gibt auch Beispiele für weibliche Mediatorinnen, die auf nationaler und internationaler Ebene tätig sind. Die Nordirische Frauenkoalition nahm am formalen Friedensprozess teil, und auf den Philippinen war Miriam Coronel-Ferrer Vorsitzende des Friedenspanels der Regierung während der Verhandlungen mit der Moro Islamic Liberation Front.

Im Rahmen des afghanischen Friedensprozesses habe ich eng mit den afghanischen Frauen zusammengearbeitet und erlebt, wie sie täglich in Gemeinschaftskonflikten vermitteln. Sie gingen oft grosse Risiken ein, um sichere Räume für Frauen und andere Gruppen zu schaffen. Gleichzeitig befanden sich Frauen in hochpolitischen und gefährlichen Verhandlungen mit bewaffneten Aufständischen, einschließlich der Taliban. Leider werden diese Beispiele oft nicht genannt, und die Anerkennung für ihre Erfolge wird häufig von männlichen Politikern übernommen.

Um Veränderungen herbeizuführen, wurden mehrere Mediatorinnen-Netzwerke aufgebaut. Diese zielen darauf ab, die sinnvolle Einbeziehung von Mediatorinnen voranzutreiben und die Rolle, die sie bereits in Friedensprozessen spielen, anzuerkennen. Eines dieser Netzwerke ist Women Mediators across the Commonwealth (WMC), das ich koordiniere. Der WMC bringt Frauen aus vielen verschiedenen Regionen und mit unterschiedlichen Erfahrungen der Konfliktmediation zusammen – von der Basis bis zur Politik.

In dem Bewusstsein, dass eine gemeinsame Stimme sie weiter stärken wird, haben sich unsere Netzwerke zu einer globalen Allianz von Women Mediators Networks zusammengeschlossen, darunter das Mediterranean Women Mediators Network, Nordic Women Mediators Network und FemWise. Der Austausch von Wissen unter den Mitgliedern und die gegenseitige Unterstützung sind ein wichtiger Bestandteil dieser Netzwerke. Von grosser Bedeutung ist die Frage, wie wir Frauen besser für die Mediation rüsten? Und natürlich auch: wie können wir, die wichtige Arbeit, die sie bereits leisten besser unterstützen und anerkennen?

[Conciliation Resources](#)

Quhramaana Kakar

ccummings@c-r.org

Programm-Managerin, Mediatorinnen im ganzen Commonwealth

[links](#)

- [Reaktion auf den von der Ebola ausgelösten Konflikt: Mehr als eine Gesundheitskrise \(auf Englisch\)](#)
- ["Frieden ist unsere Zukunft": Jugendfriedenskomitees in der Zentralafrikanischen Republik \(auf Englisch\)](#)
- [Nordirische Frauenkoalition \(auf Englisch\)](#)
- [Miriam Coronel-Ferrer: Die Mindanao-Friedensgespräche \(auf Englisch\)](#)
- [Women Mediators across the Commonwealth \(WMC\) \(auf Englisch\)](#)

dossier

Hindernisse und Möglichkeiten für die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen evaluieren



Titelseite der Basisstudie «Elsie-Initiative für Frauen in Friedensoperationen»

Die Vereinten Nationen haben sich zum Ziel gesetzt, dass Frauen bis 2020 20 % der Polizeibeiträge und 15 % der militärischen Beiträge von Friedenseinsätzen ausmachen sollen. Im Jahr 2017 blieb der Anteil der weiblichen Polizei- und militärischen Friedenstruppen jedoch deutlich unter den Zielvorgaben und bewegte sich zwischen 2% und 4% für Militärpersonal und zwischen 6% und 10% für Polizeipersonal. Im November dieses Jahres startete der kanadische Premierminister Justin Trudeau die Elsie-Initiative, ein ehrgeiziges, fünfjähriges internationales Projekt, das dazu beitragen soll, die Hindernisse für eine stärkere, sinnvolle Beteiligung von Frauen an Friedensoperationen zu überwinden. Gegenwärtig fehlt es an soliden und allgemein verbreiteten Kenntnissen darüber, was die Barrieren ausmacht. Die UNO und ihre Mitgliedstaaten basieren sich aktuell weitgehend auf anekdotische Beweise oder Einzelbeispiele bei der Entscheidungsfindung und politischen Entwicklung im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen.

DCAF entwickelt und erprobt mit finanzieller Unterstützung von «Global Affairs Canada» und dem norwegischen Außenministerium im Rahmen der Elsie-Initiative eine Methode um die Barrieren zu bewerten. Ziel ist es, innovative Massnahmen zu entwickeln, um einen Wandel einzuleiten. Eine erste Basisstudie von DCAF aus dem Jahr 2018 identifizierte 14 Hindernisse für die Beteiligung von Frauen an Friedenseinsätzen. Diese wurden bei weiteren Forschungsarbeiten zu den folgenden zehn Barrieren zusammengefasst; geeigneter Auswahlpool, Einsatzauswahl, Einsatzbedingungen, Einsatzkriterien, Haushaltsbeschränkungen, Top-down-Führung, unzureichende Unterbringung und Ausrüstung, negative Erfahrungen, Hindernisse bei der Umschichtung, Vorurteile und soziale Ausgrenzung. Die Methode zur Bewertung der Barrieren, die DCAF in Zusammenarbeit mit der Cornell University entwickelt, bietet einen systematischen und umfassenden Rahmen. Er hilft Forschenden in den Truppen- und Polizeibeitragsländern die wichtigsten Barrieren in nationalen Institutionen zu identifizieren.

Die Bewertung der Barrieren ermöglicht den Beitragsländern umsetzbare Empfehlungen zur Überwindung dieser Hindernisse umzusetzen, die Vertretung uniformierter Frauen in UN-Einsätzen zu erhöhen und ihre Wirkung zu maximieren. Nach ihrer Fertigstellung im Jahr 2020 erhalten alle Forschungseinrichtungen und Sicherheitsinstitutionen Zugang zur Methode. Dadurch kann jedes Land, das seine Politik oder Praxis ändern möchte, um die Beteiligung von Frauen an Friedensoperationen zu erhöhen, sie frei nutzen.

DCAF erprobt zudem zusammen mit der Cornell University – welche die Qualität und statistische Signifikanz der Forschung überwacht – und nationalen Partnern – die für die Datenerhebung verantwortlich sind – die Methodik von acht Ländern, die in Bezug auf Gendergleichstellung in Militär- und Polizeidiensten besonders fortschrittlich gelten. Ein entsprechender Bericht mit spezifischen Länderkapiteln wird 2020 veröffentlicht.

Die Methode zur Bewertung der Barrieren ist auch für den im März 2019 eingerichteten Elsie-Initiative-Fonds von Bedeutung. Der Multi Donor Trust Fund wird den Beitragsländern sowie den UN-Organisationen flexible Mittel zur Verfügung stellen, um evidenzbasierte Aktivitäten zu unterstützen, welche Fortschritte bei der Erreichung der UN-Ziele für die sinnvolle Beteiligung uniformierter Frauen an Friedensoperationen bewirken. Institute, die Zugang zum Fonds wünschen, müssen sich zunächst einer Bewertung auf der Grundlage der Methode zur Bewertung der Barrieren unterziehen.

[DCAF - Geneva Centre for Security Sector Governance](#)

Solene Brabant

s.brabant@dcaf.ch

Projektleiterin im Bereich Gender und Sicherheit

links

- [Elsie-Initiative für Frauen in Friedensoperationen \(auf Englisch\)](#)
- [Elsie-Initiative für Frauen in Friedensoperationen: Basisstudie \(auf Englisch\)](#)
- [Elsie-Initiative Fonds für uniformierte Frauen in Friedensoperationen \(auf Englisch\)](#)

dossier

FriedensTisch in Kolumbien: «Lasst uns gemeinsam zur Wahrheit schreiten»



Zum Abschluss des FriedensTischs haben alle Teilnehmerinnen einen Topf mit Erde, Samen und eine Papierblume mit einem motivierenden Spruch erhalten. Bild: PeaceWomen Across the Globe

Die Frauen schreiten durch den üppigen Wald. Sie bleiben an einem Baum stehen, an dem ein gelber Zettel befestigt ist. Darauf steht: «Ich habe verstanden, dass ich mit diesem Schmerz nicht bleiben kann; ich möchte lernen zu vergeben.»

Eine Frau erzählt, sie habe sich das Leben nehmen wollen, der Schmerz der Erfahrungen, die sie während des Konflikts in Kolumbien erlebte, sei unerträglich gewesen. Doch dann entschied sie: «Es kann nicht sein, dass ich den Tätern den Gefallen tue, nicht mehr zu leben, nachdem was man mir angetan hat.» Die Frauen gehen weiter entlang dem Pfad, an dessen Anfang eine Tafel sie dazu aufrief: «Lasst uns gemeinsam zur Wahrheit schreiten.»

Die 20 Frauen sind Teilnehmerinnen am FriedensTisch, der im Mai in Popayan, im Süden Kolumbiens, stattgefunden hat. Es war der erste von vier regionalen FriedensTischen, die COMUNITAR, die Partnerorganisation von FriedensFrauen Weltweit, in diesem Jahr organisiert. Die FriedensTische in Kolumbien sind Teil eines globalen Programms von

FriedensFrauen Weltweit.

In Kolumbien beteiligt sich die «Kommission zur Klärung von Wahrheit, Koexistenz und Nichtwiederholung» an den FriedensTischen, damit Frauen Teil des Friedensprozesses werden und ihre Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten. FriedensFrauen Weltweit leistet wichtige Unterstützung, zumal der kolumbianische Staat, der die Arbeit der Kommission finanziert, 40 Prozent des Budgets gestrichen hat.

Alejandra Miller Restrepo, Vorstandsmitglied von FriedensFrauen Weltweit und Mitglied der Wahrheitskommission, erklärte in Popayan den Stand des Friedensprozesses und die Ziele der Kommission. Diese will Erfahrungsberichte von Frauen sammeln, damit sie in die Wahrheitsfindung und das historische Gesamtbild des bewaffneten Konflikts einfließen. Es gehe ihr und der Kommission sowohl um den Schmerz und das Leid der Frauen, als auch um ihre Geschichten des Widerstands – «was ihr getan habt, um zu überleben», sagte sie. Die Frauen sollen nicht nur als Opfer, sondern als Akteurinnen gesehen werden.

Fünf Mitarbeiterinnen lokaler Wahrheitskommissionen nahmen am FriedensTisch teil, um die Aussagen der Frauen aufzunehmen. Oft fällt es ihnen schwer, über ihre Erfahrungen zu sprechen, selbst wenn die Aussagen anonym bleiben. Die Zeit im Kreis der Frauen, die zuhören und verstehen, erleichtert es ihnen aber, sich zu öffnen. Zuhause verdrängen sie die Erinnerung. «Wir trauen uns nicht zu weinen, weil wir die Familie nicht belasten wollen», sagte eine der Frauen. Eine andere sprach aus, was viele dachten: «Hier ist ein Platz, wo wir unseren Gefühlen freien Lauf lassen können. Trauer – und Freude darüber, dass wir nicht alleine sind.» In Popayan liessen 14 der 20 Frauen ihre Geschichten aufzeichnen.

Die Erfahrungen aus den regionalen Treffen werden am nationalen FriedensTisch, der Ende 2019 in Medellín durchgeführt wird, ausgetauscht. Alle bisherigen Teilnehmerinnen dürfen mitwirken, denn dann geht es um Rechenschaftsablegung und wie die Frauen ihre Ressourcen und Netzwerke stärken können.

Ein zentraler Bestandteil der FriedensTische ist die psycho-soziale Unterstützung. Der Pfad durch den Wald bringt die Frauen, die während des Konflikts von ihrem Land vertrieben wurden, in die Natur und weckt Erinnerungen. Zum Abschluss erhält jede Frau einen Topf Erde, ein Paket mit Samen und eine Papierblume mit motivierenden Sprüchen. Sie haben erfahren, dass sie über die erlebten Gräueltaten sprechen können, dass sie verzeihen können, ohne zu vergessen. Dafür sorgt auch der Prozess der Vergangenheitsbewältigung, in dem der Bericht der Wahrheitskommission eine wichtige Rolle spielen wird.

[FriedensFrauen Weltweit](#)

Christina Stucky

christina.stucky@1000peacewomen.org

Kommunikationsverantwortliche

[FriedensFrauen Weltweit](#)

Mithra Akhbari

mithra.akhbari@1000peacewomen.org

Programmverantwortliche

[links](#)

- [FriedensFrauen Weltweit \(Projekte\)](#)
- [Corporación de Mujeres Ecofeministas \(COMUNITAR\) \(auf Spanisch\)](#)
- [Kolumbianische Wahrheitskommission \(auf Spanisch\)](#)
- [Ruta Pacífica de las Mujeres \(auf Spanisch\)](#)

dossier

Frieden ist gendergleichberechtigt



Beim Workshop über Kompetenzen und Ressourcen im Rahmen des Projekts "Berufsmentoring für Migrantinnen" des cfd. Bild: cfd.

Als feministische Friedensorganisation arbeitet der cfd mit einem weiten, positiven Friedensbegriff, der alle Formen von Gewalt, Ausschluss und Diskriminierung umfasst. Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg oder physischer Gewalt, sondern auch Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Menschen unabhängig ihres (biologischen und sozialen) Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihres sozialen Status, ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen.

Der cfd legt den Schwerpunkt auf das Erreichen der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Mädchen. Dies setzt eine Analyse der geschlechtsspezifischen strukturellen Diskriminierung voraus.

Globales Denken

Was bedeutet das in der Praxis? Der cfd führt Projekte im In- und Ausland durch mit dem Ziel, den sozialen Frieden durch Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Wir fokussieren uns auf drei Sektoren: sexualisierte Gewalt, ökonomische Förderung und gesellschaftliche Inklusion.

In der Schweiz betreiben wir zum Beispiel neben unserer Arbeit zur Bekämpfung von Gewalt

an Frauen (Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen*“) ein Berufsmentoring-Programm für hochqualifizierte Migrantinnen. Was hat dieses Programm mit Frieden zu tun? Unser Verständnis von Frieden umfasst das wirtschaftliche Empowerment von strukturell diskriminierten Frauen, was zu einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft beiträgt. Durch seine Arbeit hinterfragt der cfd die Macht- und Unterdrückungsstrukturen, vor allem wo Mehrfachdiskriminierung vorliegt (Gender und Migration).

Durch seine Projekte in der internationalen Zusammenarbeit unterstützt der cfd eine gleichberechtigte soziale, politische, rechtliche und wirtschaftliche Teilnahme und Teilhabe *aller Menschen*. In Israel zum Beispiel zielte unser Projekt *Soot – Stimme* darauf ab, die politische Teilhabe von arabischen Frauen zu stärken. Palästinenserinnen besetzen in Israel weniger als 5 Prozent der politischen Positionen. Daher finden ihre Anliegen in politischen Gremien kaum Gehör und ihre Stellung wird geschwächt. Projektteilnehmerinnen lernen, ihre Stimme (arabisch Soot) für Frauen- und Kinderrechte zu erheben und Diskriminierung, Vorurteile und Gewalt zu bekämpfen.

Menschenrechtsbasierter Ansatz

Natürlich engagiert sich der cfd auch auf politischer Ebene für einen menschenrechtsbasierten Ansatz und dafür, dass die Stimme der Zivilgesellschaft bei politischen Entscheidungsträger_innen Gehör findet. Deshalb ist die Vernetzung national und international eine der Kernaufgaben des cfd. Der cfd ist unter anderem Mitglied der Steuerungsgruppe des Projekts NAP 1325 (Frauen, Frieden & Sicherheit), der NGO-Koordination Post Beijing (die unter anderem das CEDAW-Monitoring überwacht), des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina, der Kerngruppe Netzwerk Istanbul Konvention, etc. Wo immer möglich beteiligt sich der cfd an gleichstellungs-, friedens- und migrationspolitischen Debatten und gestaltet diese aktiv mit.

[cfd](#)

Virginie Poyette

Virginie.Poyetton@cdf-ch.org

[links](#)

- [cdf Webseite](#)
- [cdf: NAP 1325 Frauen Frieden & Sicherheit](#)
- [NGO-Koordination Post Beijing](#)
- [Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina](#)
- [Kerngruppe Netzwerk Istanbul Konvention](#)

dossier

Geschichten über Frauen: im Namen der Gleichberechtigung und des Friedens



Aufführung von Fiona Bawn-Thompson in "The Woman is Present: Women's Stories of WWII"

Im heutigen politischen Klima ist die Förderung von Geschlechtergleichstellung und Frieden wichtiger denn je: Rechtsextreme Bewegungen gewinnen weltweit an Dynamik und in einigen der größten Demokratien der Welt, wie den Vereinigten Staaten, Brasilien und Italien, haben sie die Macht ergriffen.

Die Kunst ist ideal, um ein Gegengewicht zu erzeugen – durch Storytelling auf der Bühne verbinden sich Zuschauende mit Ideen auf eine ganz neue Weise. Die Erzählung von Geschichten über Frauen im Krieg zerlegt patriarchalische Mainstream-Narrative, in denen Frauen oft übersehen werden. Sie stellen auch traditionelle Standpunkte in Frage, die Frauen als passiv, unterwürfig und ungeeignet für die Arena des Krieges sehen. Diese Geschichten zeigen, dass Frauen an historischen Grossereignissen beteiligt waren, erinnern an die zentrale Rolle, die Frauen heute spielen und betonen die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter in der Zukunft. So tragen sie zu einer nachhaltigeren und friedlicheren Gesellschaft bei.

Dies sind auch die Ziele der Smashing Times, einer Kunstorganisation mit Sitz in Dublin, Irland, welche die «The Woman is Present: Women's Stories of WWII»-Auftritte seit zwei Jahren betreibt. Diese Show ist eine kreative Neuinterpretation von Momenten aus dem Leben von Frauen während des Zweiten Weltkriegs und erinnert an Geschichten von Mut, Opfer und Liebe inmitten des Schreckens des Krieges, als Frauen sich gegen Faschismus und Totalitarismus wehrten.

Eine Geschichte erzählt von Mary Elmes, die als erste Irin für die Rettung jüdischer Kinder vor den Nazis als "Gerechte unter den Nationen" geehrt wurde. Marta Hillers, Autorin von «eine Frau in Berlin», beschreibt detailliert die Massenvergewaltigung von Frauen durch die Rote Armee nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte von Maria Eugenia Jasińska, aus Łódź, Polen, erzählt von einer Widerstandskämpferin, die lieber ihr Leben aufgegeben hat, anstatt den Nazis Namen zu geben. Eine Person, die dadurch gerettet wurde, war Neus Català Pallejà aus Spanien, eine aktive Mitarbeiterin des französischen Widerstandes während des Zweiten Weltkriegs und Überlebende des Konzentrationslagers, die leider vor kurzem im unglaublichen Alter von 103 Jahren verstarb.

Nach jedem Auftritt folgt eine Diskussion mit den Künstlerinnen und eingeladenen Gästen. Die Frauengeschichten werden im Gespräch in ihrem Kontext und in Bezug zur Gleichstellung und des Friedens in Irland, Nordirland und international beleuchtet. Die Show und die anschließende Diskussion beziehen die Bürger_innen mit ein und fördern so Erinnerungen, Debatten und das Lernen. Durch die Geschichten dieser Frauen mit all ihren Herausforderungen und Schwierigkeiten wird der Wert von Toleranz, Gleichheit und Frieden für die Gesellschaft auf das Publikum übertragen. Die Aufführungen fanden von September 2017 bis Februar 2018 in einer Tournee durch Irland, Nordirland und Deutschland statt und stiessen auf eine überaus positive Resonanz.

[Smashing Times](#)

Féilim James

fmob95@gmail.com

Schriftsteller aus Dublin, Irland, Sachbearbeiter bei Smashing Times

links

- [The Woman is Present: Women's Stories of WWII \(auf Englisch\)](#)
- [Smashing Times \(auf Englisch\)](#)
- [Féilim James \(auf Englisch\)](#)

dossier

Gender-integration für den Frieden: der Beitrag der lokalen Medien in der Sahelzone



Während den Dreharbeiten zum Dokumentarfilm "Frauen und Politik" in Mali – 2018. Bild: Stiftung Hironnelle

In fragilen Regionen, die mit grossen Krisen konfrontiert sind wie der Sahel, stehen Frauen und Mädchen vor grossen Herausforderungen. Die Teilnahme am öffentlichen Leben wird ihnen erschwert und sie sind in der Regel von politischen und Friedensprozessen ausgeschlossen. Frauen sind oft Opfer, können aber auch Täterinnen von Gewalt sein. Es ist wichtig, ihre spezifischen Motive für die Teilnahme an bewaffneten Gruppen und illegalen Aktivitäten anzugehen. Die Stiftung Hironnelle fördert die Gleichstellung und Integration der Geschlechter in ihren Medien, Dialoginitiativen und weiteren vertrauensbildenden Massnahmen. Ziel ist es, Frauen zu befähigen, positive Akteure zu werden, die zu friedlichen, gerechten und integrativen Gesellschaften beitragen. Das Studio Tamani in Mali und das Studio Kalangou in Niger sind konkrete Medieninitiativen, welche die entscheidende Rolle der Medien für die Beteiligung von Frauen in fragilen Gesellschaften sowie in Dialogprozessen für die lokale Entwicklung aufzeigen.

Durch sorgfältig konzipierte redaktionelle Produktionen, wie z.B. die

Videodokumentationsreihe “Women rights program” im Studio Tamani, zeigen unsere lokalen Medien der Bevölkerung (Männer und Frauen), wie Geschlechterungleichheit und die Ausgrenzung von Frauen zu verhindern, dass sie eine positive Rolle beim Aufbau friedlicher, gerechter und integrativer Gesellschaften spielen. Der Einbezug von Frauen ist von zentraler Bedeutung für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, insbesondere des Ziels 16. Nach mehreren Sendungen, die sich mit dem Status von Frauen in der nigerianischen Gesellschaft befassten, widmet sich die Redaktion im Niger, ab September 2019 einmal pro Woche der Perspektiven von Frauen. In der Sendung “Forum”, eine tägliche Live-Talkshow, sprechen Frauen über das, was im Land vor sich geht, einschliesslich der Unsicherheit und des Versagens im nationalen Zusammenhalt. Die Show wird von Journalistinnen vorbereitet und präsentiert, erreicht aber die gesamte Bevölkerung (Männer und Frauen).

Die Beteiligung von Frauen in lokalen Medien ist nicht selbstverständlich. Sie setzt voraus, dass die Chefredaktion und Teams Inklusion in ihrer täglichen Arbeit leben, z.B. durch die folgenden Massnahmen: Die Rekrutierung von Journalistinnen, die mitentscheiden, der Aufbau ausgewogener Kontaktdatenbanken, um weibliche Teilnehmende, Expertinnen und Zeuginnen in Diskussionsshows einzuladen oder systematisch ausgewogene Befragungen. Nur so können die lokalen Medien den Frauen mehr Gewicht verleihen und zur Verbesserung der Repräsentation und Beteiligung von Frauen in fragilen Gesellschaften wie der Sahelzone beitragen. Die Medien können einen ganzheitlichen Ansatz bieten, der Frauen sowohl als Opfer als auch als Gewalttäterinnen wahrnimmt. Diese innovativen und vertrauensbildenden Massnahmen fördern gewaltfreie Konflikte. Denn nur wenn die Frauen am öffentlichen Leben teilnehmen, können Gewaltzyklen überwunden sowie Frieden und Entwicklung gefördert werden.

[Fondation Hironnelle](#)

Caroline Vuillemin

caroline.vuillemin@hironnelle.org

Direktorin

[links](#)

- [Fondation Hironnelle “Unsere Medien”](#)
- [Studio Tamani \(auf Französisch\)](#)
- [Studio Kalangou \(auf Französisch\)](#)
- [Studio Kalangou: Frauen \(auf Französisch\)](#)

dossier

Die Schweiz setzt sich für gendergerechte Friedensprozesse ein



Friedenskreise mit malischen Frauen in den Flüchtlingslagern von Burkina Faso im Jahr 2018. Bild: Wildaf-Mali

Von 1990 bis 2000 war die Welt von Krisen geprägt, die Männer und Frauen unterschiedlich betrafen. Frauen und Jugendliche waren die Hauptopfer. Viele Frauen wurden vergewaltigt, junge Menschen getötet oder zum Kampf rekrutiert – Familien wurden zerstört. Die spezifischen Bedürfnisse der Frauen wurden nicht berücksichtigt und sie waren nicht in Friedensprozesse eingebunden. Dieser Zustand war nicht nachhaltig. Dank der internationalen Zivilgesellschaft, der Menschenrechtsorganisationen und des Drucks unterschiedlichster Lobbys verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 30. Oktober 2000 die Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit – die erste ihrer Art. Die Resolution anerkennt die schädlichen Auswirkungen von Konflikten auf Mädchen und Frauen und ihre Bedeutung in der Konfliktprävention sowie bei der Suche nach Konfliktlösung. Sie stützt sich auf vier Hauptpfeiler: Partizipation, Schutz, Prävention und Erholung nach Konflikten.

Die Resolution 1325 ist ein grundlegendes Dokument der Schweizer Politik im Hinblick auf die Geschlechterdimension in der Friedensförderung. Insbesondere fordert die Resolution, dass Frauen und die Geschlechterdimension auf allen Ebenen der Friedensprozesse

miteinbezogen werden und dass Frauen und Mädchen in Situationen bewaffneter Konflikte besser geschützt sind. Der Bundesrat richtet seine Friedens- und Sicherheitspolitik an dieser Resolution aus und stellt sicher, dass Frauen besser in die von ihm unterstützten Friedensprozesse einbezogen werden. Auf diese Weise trägt die Schweiz, sowohl auf operativer Ebene, als auch bei der Festlegung von Richtlinien zur Umsetzung der Resolution 1325 bei. Sie unterstützt Projekte und Organisationen im Ausland, die darauf abzielen, den Schutz von Frauen und Mädchen in Konflikten zu verbessern und sicherzustellen, dass Frauen besser in Friedensprozesse eingebunden werden.

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens 2015 in Mali, folgte eine Erosion des sozialen Gefüges. In diesem Rahmen finanzierte die Schweiz ein Dialogprojekt mit der NGO WILDAF-Mali. Das Projekt hat zum Ziel, Frauen und Mädchen aus verschiedenen Gemeinschaften, ohne Angst und Vorurteile in Bezug auf Ethnizität, Kultur oder Religion zusammenzubringen. Während des gesamten malischen Friedensprozesses bis zu seiner Umsetzung, war die Einbeziehung von Frauen keine Priorität. Dies trotz der Mobilisierung von Frauenorganisationen, der technischen und/oder finanziellen Unterstützung durch Partner sowie der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen, denen sich Mali angeschlossen hat. Erst dank diesem Projekt mobilisierten sich Frauen in einer Dynamik von Friedensstiftenden auf lokaler und nationaler Ebene.

Darüber hinaus haben mehrere Untersuchungen gezeigt, dass nicht nur die Einbeziehung von Frauen und Jugendlichen für die Schaffung eines dauerhaften Friedens von wesentlicher Bedeutung ist, sondern auch, dass Staaten besonders anfällig für Konflikte sind, wenn gewisse Menschen über keine Macht verfügen oder von der Politik ausgeschlossen sind – insbesondere Frauen und Jugendliche. Das Streben nach Gleichberechtigung ist ein wesentliches Element, um das Vertrauen zwischen Staat und Gemeinschaften wiederherzustellen und einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die gesamte Bevölkerung in den Genuss des Friedens kommt, wenn mehr als die Hälfte ausgeschlossen wird und ihre Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden. Frauen bilden eine soziologische Grundlage in jeder Gesellschaft, auf welcher Friedens- und Sicherheitsprozesse basieren. Sie fungieren als Beraterinnen für ihre Kinder, Familie und Ehemänner und damit für ihre Gemeinschaft.

Das Projekt mit dem Titel «Circles of Peace» ist Teil der Empfehlungen der höchsten Behörden Malis und bietet Raum für Dialog und einen integrativen Austausch zwischen malischen Frauen. Es erfüllte ein echtes Bedürfnis, weil es auf die Anliegen der Resolution 1325 in der Mali-Krise reagiert hat. Die Resolution «Frauen, Frieden und Sicherheit» steht für die uneingeschränkte Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in Bezug auf Schutz, Prävention und Erholung nach Konflikten.

Auch 2019 finanzierte die Schweiz, mitten in der Umsetzung des Friedensabkommens, eine Aktivität mit jungen Menschen und Frauen – die Schlüsselpersonen in Konflikten – über Wildaf-Mali von «Circles of Peace». Aus den früheren Aktivitäten mit Frauen und Jugendlichen ging die Notwendigkeit hervor, die Grundlagen für einen echten sozialen Zusammenhalt an der Basis der malischen Gesellschaft und auf allen weiteren Ebenen zu schaffen. Deshalb hatte die Schweiz beschlossen, ab 2019 wieder ein Programm umzusetzen. Ziel dieses neuen Programms ist es, diese Errungenschaft des integrativen Dialogs in grösserem Umfang zu verwirklichen und mehr Frauen, Jugendliche, Flüchtlinge,

Vertriebene und insbesondere die Konfliktparteien zu integrieren, um das Vertrauen in einen dauerhaften Frieden in Mali wiederherzustellen. Nachhaltiger Frieden erfordert eine harmonische Partnerschaft zwischen Frauen und Männern. Daher ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass sich die Männer bewusst sind, dass die Chancengleichheit für Frauen keine Bedrohung für Frieden und Stabilität darstellt, sondern ein Schlüsselement ist.

[Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit \(DEZA\)](#)

Mariam Sylla

mariam.sylla@eda.admin.ch

Programmbeauftragte für Frieden und Sicherheit des Schweizer Kooperationsbüro in Mali

[WILDAF-Mali](#)

Frau Bouaré Bintou Founé Samaké

bfsamake2000@yahoo.fr

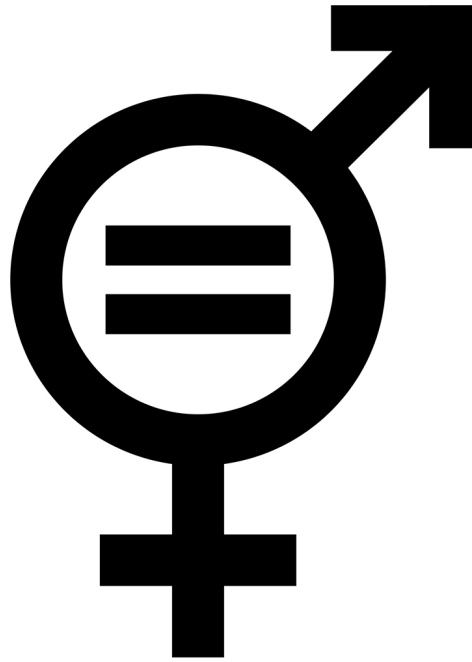
Präsidentin von WILDAF-Mali

[links](#)

- [Der Friedenskreis - Frauen, die dem Frieden Leben schenken \(auf Französisch\)](#)
- [Film über Friedenszirkel in Caux, 2018 \(auf Französisch\)](#)
- [Umsetzung der UN Resolution 1325 in der Schweiz: Frauen, Frieden und Sicherheit](#)

dossier

Für eine multilaterale Gleichstellung der Geschlechter



Symbol. Bild: Creative Commons.

Fortschritte bei der Gleichstellung gehen Hand in Hand mit Frieden und dem menschlichen Wohlergehen. Unter allen Arten von Gleichberechtigung ist die Gleichstellung der Geschlechter seit Jahrzehnten eines der grössten Anliegen. Rückschläge sind zu vermeiden, und es muss mehr getan werden, um eine de facto und de jure Gleichstellung zu erreichen. Dennoch scheint der Prozess, so langsam er auch ist, unumkehrbar zu sein.

Die Antworten auf einige dieser Verzögerungen liegen in einem Bedarf nach allgemeinerem Fortschritt in Richtung Gleichstellung. Die Diskriminierung von Frauen muss in einem breiteren Kontext gesehen werden: Die Verringerung der Diskriminierung anderer sozialer Gruppen begünstigt gleichzeitig den Status von Frauen und gewährleistet so Integration, sozialen Zusammenhalt und die universelle Verwirklichung aller Grundrechte für alle.

Die Einbeziehung von Jugendlichen, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, sozialen und Minderheiten und LGBTI-Personen stärkt unsere Infrastrukturen des Friedens und damit den Zustand der Frauen. Alle haben ihre Würde und ihre Rechten und gehören in die Friedens- und Entscheidungsprozesse unserer Menschheit und unserer grossen und kleinen Gemeinschaften.

In diesem Sinne muss die Gleichstellung der Geschlechter die Diskriminierung gegenüber Frauen und auch Männern abbauen. Es braucht eine Antwort auf die kürzere Lebenserwartung von Männern, die männliche Kriminalisierung (93% in Schweizer Gefängnissen sind Männer). Ein Rückgang des kulturellen oder auferlegten Lernens von Gewalt würde sowohl den Status der Frauen als auch der Männer und die allgemeine Lebensqualität begünstigen.

APRED arbeitet seit bald zwei Jahrzehnten an der Nichtmilitarisierung und für Länder ohne Armeen, einschliesslich der Frage, ob der Status von Frauen in diesen völlig entmilitarisierten Ländern besser ist. Detailliertere Studien sind noch erforderlich, aber eine Übersichtsanalyse der geschlechtsspezifischen Entwicklungsindizes legt nahe, dass das Fehlen einer Armee in einem Land den Fortschritt der Geschlechtergleichstellung begünstigt.

APRED

Christophe Barbey
cb@apred.ch

links

- [Nicht-Militarisierung \(in Englisch\)](#)
- [Armeelose Länder \(in Englisch\)](#)
- [Gender Index 1 \(in Englisch\)](#)
- [Gender Index 2 \(in Englisch\)](#)

erfahren sie mehr darüber

Einbezug aller Opfer sexualisierter Gewalt



LGBTQ Kundgebung in Wheeling (West Virginia, USA). Fot: Rosemary Ketchum.

Eines der Hauptziele der Resolution 1325 ist Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt in Kriegsgebieten zu schützen und sexualisierte Gewalt als Kriegsverbrechen zu ächten. Die Resolution ist damit auch eine Basis für die Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt in Kriegen, zum Beispiel durch den Internationalen Strafgerichtshof im Falle des Jugoslawienkrieges.

Doch die Fokussierung auf Frauen und Mädchen stört einige Forschende, wie beispielsweise Jamie Hagen. Sie arbeitet zu Kriegserfahrungen von LGBTQ Personen an der London School of Economics. Durch die Verwendung der Begriffe Frau und Mädchen werden andere Menschen ausgeschlossen und zudem entsteht ein binäres Verständnis der Geschlechter (Aufteilung in Mann oder Frau). Wie eingangs erwähnt, hat die Resolution dazu beigetragen, dass sexualisierter Gewalt wie Vergewaltigung als ein Kriegsinstrument und als Kriegsverbrechen aufgefasst und geächtet werden. Jamie Hagen betont in einem Artikel jedoch, dass diese sexualisierte Gewalt auch LGBTQ Personen erfahren. Gerade diese Menschen sind besonders gefährdet in kriegserischen Auseinandersetzungen Opfer sexualisierter Gewalt zu werden, da sie schon in Friedenszeiten stark an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. So ist es wichtig, ist Hagen überzeugt, sich zuerst zu fragen, wer in Kriegen Opfer sexueller Gewalt werden kann. Bei der Beantwortung dieser Frage sind die Antworten, die die Resolution gibt, für Hagen zu eng gefasst. Man muss auch die Erfahrungen von LGBTQ Menschen miteinbeziehen und anerkennen, dass auch sie Opfer

sexualisierter genderbasierter Gewalt werden. Dieser Tatsache wird von den UN Organisationen und NGOs bislang zu wenig Beachtung geschenkt. Es gibt bisher nur einen Bericht, der sexualisierte Gewalt an LGBTQ Menschen in einem kriegerisch geprägten Umfeld dokumentiert hat. Dieser ist aus dem Jahr 2014 und beschreibt Fälle aus dem Irak. So wurden Männer beispielsweise mit der Begründung vergewaltigt, sie seien nicht «männlich» genug. Deshalb fordert Hagen, dass die verwendeten Opferbegriffe ausgeweitet werden. Bisher wurde in UN Dokumenten, welche auf der Resolution 1325 aufbauen, die Begriffe Frau und Gender fast gleichbedeutend genutzt. Hagen schlägt daher vor, dass man den Begriff Gender genau und alle einschliessend definiert und so LGBTQ Personen in die Resolution 1325 miteinbezieht. Ihnen soll auch in der Praxis mehr Gewicht gegeben werden, sodass die Sicherheitsanliegen aller Menschen respektiert werden.

Es könnte jedoch argumentiert werden, dass die Fälle sexualisierter Gewalt gegen LGBTQ Personen, sehr schwierig zu erfassen seien, da es sehr wenige seien und die Betroffenen aus Angst nicht darüber sprächen. Doch erstens kann diese Behauptung nicht bekräftigt werden, da bisher diesen Fällen praktisch keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde und zweitens sollte Hilfeleistung nicht nur denen Opfern erbracht werden, die in der Mehrheit sind.

Es ist daher an der Zeit den Genderbegriff in der Resolution 1325 und den darauf aufbauenden Resolutionen genau zu definieren und jede_n darin einzuschliessen. So kann sichergestellt werden, dass alle Leiden anerkannt und alle Betroffenen in Friedensprozesse miteinbezogen werden.

[KOFF/Swisspeace](#)

Jonas Hinck

jonas.hinck@swisspeace.ch

[links](#)

- [Kirby, Paul & Shepherd, Laura: Reintroducing women, peace and security \(auf Englisch\)](#)
- [Hagen, Jamie: Queering women, peace and security \(auf Englisch\)](#)

aktuell

Konferenz: Frauen, Frieden & Sicherheit: Reclaim Prevention



Street Art by Swoon. Bild: Creative Commons

cfed – die feministische Friedensorganisation, PeaceWomen Across the Globe (PWAG) und die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF freuen sich, Sie zu einer Konferenz im Rahmen des Projekts “Civil Society Contribution to the Implementation of the Swiss NAP 1325” einzuladen. Die Konferenz wird in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten organisiert.

Mittwoch, 18. September 2019, 9.15 – 17.00 Uhr (gefolgt von einem Apéro) in der Aula der Stiftung PROGR – Zentrum für Kulturproduktion, Waisenhausplatz 30, 3011 Bern

An der Konferenz nehmen Expert_innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und staatlichen Institutionen teil, um den Nationalen Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit (NAP 1325) zu diskutieren. Am Anlass wird dessen politische Relevanz auf nationaler und internationaler Ebene aus verschiedenen Perspektiven und Kontexten beleuchtet. Die folgenden Fragen werden untersucht:

– Wie kann die Zivilgesellschaft die Debatten über Frauen, Frieden und Sicherheit mitgestalten, um die Verbindung zwischen Politik und Praxis in der Schweiz und darüber

hinaus zu stärken? Inwieweit sind Frauen in die Entscheidungsprozesse über Frieden und Sicherheit auf gemeinschaftlicher, nationaler und internationaler Ebene eingebunden?

– Wie spiegelt der Schweizer NAP 1325 die Arbeit der Friedensförderung und zu Gewaltprävention vor Ort wider? Welche Auswirkungen hat die Verknüpfung von Frauen, Frieden und Sicherheit und Prävention von gewalttätigem Extremismus?

Wir freuen uns auf kritische und spannende Gespräche mit Ihnen.

[KOFF/Swisspeace](#)

Andrea Grossenbacher

Andrea.Grossenbacher@swisspeace.ch

Program Officer

links

- [Weitere Informationen \(auf Englisch\)](#)
- [Registrierung \(auf Englisch\)](#)

aktuell

Wo ist der "Never-Again"-Spirit?



Beim Besuch eines jungen Irakers in Mosul, der unter Lebensgefahr gegen die grassierenden Hassreden in der zersplitterten Gesellschaft kämpft, Irak, Januar 2019. Bild: Lea Suter

Drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg sei er nicht mehr da, sagt Terry, der "Never-Again"-Spirit. Sie seufzt, nicht resigniert, eher kämpferisch und ergänzt: "Wir müssen uns fragen, ob wir – jeder von uns – genug dafür getan haben, eben diesen Gedanken, der uns von den Eltern und Grosseltern vermittelt wurde, an unsere Kinder weiterzugeben."

Ich denke an die Bilder aus den Konfliktländern, die ich als Friedensbloggerin besucht habe, und ich weiss, Terry hat Recht. Wir haben versagt, den "Never-Again"-Spirit am Leben zu erhalten. Der Frieden ist sprachlos und er ist es auch hier in der sicheren Schweiz.

Terry ist Palästinenserin und arbeitet für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Jerusalem. Es ist eines von dutzenden von Gesprächen, die ich mit Mitgliedern des DEZA-Netzwerks "Konflikt und Menschenrechte" an ihrem Treffen vom 18.- 20. Juni in Genf führe. Die über 100 Personen aus mehr als 30 Ländern sind hier zusammengekommen, um über Erfahrungen, Herausforderungen und Lösungen auszutauschen.

In den Gesprächen taucht immer wieder die Frage auf, wie besser über Frieden kommuniziert werden kann. Was wir brauchen ist eine effizientere Kommunikation zur Bekämpfung der fortschreitenden Normalisierung von Gewalt. Friedensarbeit zu erklären

ist eine dringende Massnahme, um ihre Notwendigkeit zu verstehen und finanzieren zu können. Mehr zum Thema in meinem neusten Blog und Appell für eine strategische Friedenskommunikation.

Peace Prints

Lea Suter

lea.suter@peaceprints.ch

links

- [Lea Suters Blog «Peace Prints»](#)
- [Die ganze Geschichte zum Irak](#)

aktuell

Religion & Konflikttransformation Kurs



Blick auf die Altstadt von Jerusalem, Israel. Bild: Andrey Krav.

Wie beeinflusst Religion Frieden und Konflikte in der heutigen Welt? Gewinnen Sie ein besseres Verständnis für Konflikte mit religiösen Dimensionen und wie sie transformiert werden können.

swisspeace bietet in Zusammenarbeit mit der Universität Basel vom 06. bis 08. November 2019 in Basel einen Religion & Conflict Transformation Course an.

In diesem Kurs werden die Teilnehmenden:

- ein Verständnis für Konzepte und Schlüsselbegriffe der Religion im Zusammenhang mit Frieden und Konflikt zu gewinnen und untersuchen, wie Religionen Konflikte vorantreiben und Frieden fördern können.
- Konflikte mit einer religiösen Dimension anhand von Fallstudien zu Myanmar, Irak und einem afrikanischen Fall südlich der Sahara untersuchen.
- Ansätze kennenlernen, die sich mit Konflikten mit einer religiösen Dimension

auseinandersetzen und sich mit Instrumenten der Konfliktanalyse vertraut machen.

– die Rolle religiös motivierter Akteure in Konfliktgebieten untersuchen.

– Teil eines Netzwerks, das sich kritisch mit Fragen zu Religion, Frieden und Konflikt beschäftigt.

Sind Sie an einer Teilnahme interessiert? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, also zögern Sie nicht und bewerben Sie sich noch heute.

[Continuing Education](#)

academy@swisspeace.ch

links

- [Weitere Informationen \(auf Englisch\)](#)
- [Anmeldung \(auf Englisch\)](#)

agenda

Veranstaltungen & News

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer KOFF MEMBER NEWS SEITE.

SWISSPEACE KURSE

Für die folgenden swisspeace Kurse können Sie sich jetzt anmelden:

- Business, Conflict and Peacebuilding
- Dealing with the Past Course
- National Dialogue & Peace Mediation

Informationen über das gesamte swisspeace Kursangebot zu Friedensförderung und Konflikten, finden Sie auf UNSERER WEBSEITE.

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Amélie Lustenberger & Jonas Hinck
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Graffiti in Bogota. Foto von: swisspeace / Rahel Fischer

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfed	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		